

# Kein Ende des Terrors

## Das Baskenland unter dem Autonomiestatut

*Der zähe Kampf des kleinen Volkes, das dem Meer zugewandt mit dem Rücken zu Spanien in den grünen Bergen des Baskenlandes lebt, hätte etwas Pittoreskes, wenn er nicht seit vielen Jahren und fast täglich neu blutiger Ernst würde. Das unermüdliche Ringen – mit friedlichen und gewaltsamen Mitteln – um „nationale Identität“ muß in einer Welt, die, wenn auch eher unfreiwillige Anstrengungen unternimmt, in kosmopolitischen, nationalstaatliche Interessen überwindenden Kategorien zu denken, seltsam anmuten. Für Spanien sind die baskischen Sehnsüchte politische Alltagswirklichkeit, von der sich die Madrider Regierung immer noch erhofft, daß sie „in den Griff“ zu bekommen ist.*

„Ich bin Separatist, aber unsere (baskische nationalistische) Partei hat mit der ETA nichts zu tun. Diese Leute beschimpfen uns als Kollaborateure und Verräter. Ich fürchte die ETA nicht. Unsere politischen Differenzen liegen auf der Hand: Aber erwarten Sie nicht von mir, daß ich ihre Anhänger moralisch verurteile. So leicht ist das Tischtuch nicht zu verschneiden.“ Das Zitat stammt vom Vorsitzenden der bisherigen baskischen Regierungspartei PNV, *Xabier Arzallus*, und läßt die innere Komplexität des baskischen politischen Extremismus erkennen, der von daher mit dem Terrorismusphänomen in anderen europäischen Ländern kaum vergleichbar ist.

## Die politischen Machtverhältnisse in der Region

Seit den ersten demokratischen Wahlen in Spanien 1977 hat die baskische Separatistenbewegung *Euzkadi Ta Askatasuna-ETA* (Baskenland und Freiheit) mit den Methoden der Stadtguerilla 450 Menschen umgebracht – im Kampf um die „Freiheit“ des Baskenlandes (*Euzkadi*), das seit 1979 autonome Region im föderativen spanischen Staat ist. Ein Ende des Terrors ist auch nach dem 30. November 1986, an dem das baskische Regionalparlament neu gewählt wurde, nicht abzusehen.

Nach 40 Jahren Franco-Diktatur hat sich das „Baskenproblem“, wie es in Madrid treffend und mit oft nervösem Unterton heißt, unter den neuen demokratischen Verhältnissen nicht etwa entschärft, sondern in mehrfacher Hinsicht verkompliziert. Am 25. Oktober 1979 hatten die baskischen Provinzen *Vizcaya*, *Gupuzcoa* und *Alava* (das sich nur teilweise dem Baskenland zugehörig fühlende *Navarra* schloß sich nicht an) ein weitreichendes, wenn auch in einigen Bereichen interpretationsfähiges Autonomiestatut erhalten. Das Zustandekommen des „Statuts von *Guernica*“ nach schwierigen Verhandlungen war aber um so mehr als Erfolg beider Partner zu werten, als noch ein Jahr zuvor zwei Drittel der baskischen Bevölkerung sich bei der Volksabstimmung über die Verfassung Spaniens der Stimme enthielten, weil das Recht auf

nationale Eigenständigkeit der Basken dort nicht festgeschrieben worden war.

Sieben Jahre später sind die *Errungenschaften des Autonomiestatuts* (wie eigene regionale Regierung, eigenes Parlament, Steuerhoheit, Anerkennung des Baskischen als Amtssprache) selbstverständlich. Um die ungeklärten Bereiche und weitergehenden Forderungen wird in zähen Verhandlungen gerungen. Dabei geht es insbesondere um die Ablösung der spanischen *Guardia civil* und der Nationalpolizei durch eine *autonome baskische Polizei*, aber auch um die Finanzierung der rein baskischen Schulen und die Ernennung der Richter. Alle nationalistischen Kräfte im Baskenland sind sich einig in dem (nicht unberechtigten) Vorwurf, die Zentralregierung in Madrid versuche, die gewährten Autonomierechte zu beschneiden und neue nicht zu gewähren.

Das Ergebnis der gesamtspanischen Parlamentswahlen vom Juni 1986 gab ziemlich genaue Hinweise auf die *politischen Machtverhältnisse* im Baskenland: Verlierer der Wahl waren die baskische nationalistische Partei PNV, eine traditionell bürgerlich und christdemokratisch orientierte Partei, und die landesweit siegreiche sozialistische Arbeiterpartei PSOE. Der PNV hatte in innerparteilichem Streit und als Regierungspartei in den politischen Geschick und Rückgrat fordernden Verhandlungen mit Madrid seine Kräfte verbraucht. Zudem hatte der neue Ministerpräsident (Lehendakari) *José Antonio Ardanza*, Nachfolger des 1984 zurückgetretenen *Carlos Garaikoetxea*, während des Wahlkampfes in Madrid mit seiner Aussage Empörung unter den Basken hervorgerufen, er halte die Unabhängigkeit des Baskenlandes (die Vereinigung der französischen Baskenprovinzen und des spanischen Baskenlandes in einem eigenen Staat) nicht für sinnvoll. Die gerade erst als Partei zugelassene und als politischer Arm der ETA geltende *Herri Batasuna* erreichte fünf Parlamentssitze.

Als kurz darauf elf Abgeordnete des PNV um den alten Lehendakari *Garaikoetxea* ihre Partei verließen und sich zur neuen Gruppierung „Baskische Solidarität“ zusammenschlossen, kündigte *Ardanza* Neuwahlen an. Nach den Wahlen vom 30. November hat die bisherige Regierungspartei (PNV) nur noch 17 Sitze (vor der Spaltung hatte sie insgesamt 32), die vom PNV abgespaltene Baskische Solidarität (EA) des früheren Ministerpräsidenten *Garaikoetxea* 14 und die Sozialisten 18 Sitze. Die Sozialisten (PSOE) sind damit, obwohl sie einen Sitz verloren haben und ihr Stimmenanteil knapp hinter dem des PNV liegt, stärkste Partei. Die linksnationalistische *Euzkadiko Ezkerra* (EE) kam noch auf 9 Sitze, die rechtskonservative Volkskoalition (CP) nur noch auf 2 Sitze (bisher 7). Während die letztere zum großen Verlierer der Wahl wurde, gewann *Herri Batasuna* mit nunmehr 13 (früher 11 Sitzen) noch 2 dazu.

Das Ergebnis der Novemberwahlen macht die Region noch *schwerer regierbar*, als sie es schon bisher war. Der PNV ging bereits mit der Spaltung das Risiko ein, daß das Baskenland künftig von der gesamtspanischen, an regionaler Autonomie wenig interessierten PSOE als erster Kraft regiert werden könnte. Damit wird deutlich, wie tief die Meinungsverschiedenheiten unter den regionalistischen Politikern und selbst innerhalb einer Partei sind und wie sie ohne Rücksicht auf größere gemeinsame Interessen ausgetragen werden.

## Der Traum von der „nationalen Selbstbestimmung“

Hinter den parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen Formationen, ihrem politischen Denken und Handeln stehen – noch schwerer definierbar – die politischen *Sehnsüchte der baskischen Bevölkerung*. In Gesprächen mit Basken fällt auf, welchen relativ geringen Stellenwert gesamtspanische, soziale oder politische Themen einnehmen, die Arbeitslosigkeit vielleicht ausgenommen, die in den baskischen Provinzen nach offiziellen Angaben leicht über dem nationalen Durchschnitt liegt. Das Thema Autonomie und ihre Verwirklichung bzw. Verweigerung ist von eigentlicher und ständiger tagespolitischer Aktualität und auch in übergreifenden politischen Perspektiven, z. B. sogar in der Frage nach dem spanischen EG-Beitritt, stets präsent.

In der Beschreibung der *politischen Wirklichkeit des Baskenlandes* gibt es ständig wiederkehrende Begriffe, die nicht nur auf höherer politischer oder parlamentarischer Ebene Reizwörter sind. „Nationale Selbstbestimmung“, „Verhandlungen“, „Terrorismus“, „Madrid“ sind solche Reizwörter. Ihnen ist gemeinsam, daß sie je nach politischem Standort außer- oder innerhalb der baskischen Regierung unterschiedlich gedeutet oder gewertet werden. *Die Forderung nach Selbstbestimmung* für das Baskenland geht über einen noch so weitgehenden autonomen Status hinaus. Sie schließt die Lösung von Spanien, die Bildung eines souveränen baskischen Staats nicht aus. Sie gehört (neben der Institutionalisierung der baskischen Sprache, der Enthispanisierung der Verwaltung, dem Anschluß der Provinz Navarra, der Amnestie für alle baskischen Untergrundkämpfer, dem Abzug von spanischem Militär und spanischer Polizei und „besseren Bedingungen für die arbeitende Klasse“) zu den Minimalforderungen der ETA, wird aber auch von Herri Batasuna und anderen Gruppierungen erhoben.

Anders als der Lehendakari nannte sein Parteikollege und PNV-Vorsitzende Arzallus die Forderung nach Selbstbestimmung einen festen Bestandteil des Parteiprogramms. Arzallus kritisierte zudem ausdrücklich die spanische Verfassung, die im Artikel 2 das Recht auf Autonomie der in der spanischen Nation integrierten Regionen und Völker garantiert, aber „nur“ im Rahmen der „unauflösbaren Einheit des gemeinsamen und unteilbaren Vaterlandes aller Spanier“.

Die *Forderung nach „nationaler Selbstbestimmung“* ist allerdings auch heute für viele Basken nicht so sehr konkretes politisches Projekt als vielmehr Ausdruck eines „nationalen“ Selbstverständnisses, der deutlichen Abgrenzung und des Beharrens auf souveränen Rechten, „die man uns entweder vorenthält oder stückweise als Privilegien oder Konzessionen gewährt“. Begründet wird dieser Anspruch meist historisch unter Hinweis auf die (von Spanien inzwischen unterschriebene) UN-Resolution vom 16. 12. 1966 über das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und „die freie Wahl einer eigenständigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung“.

## Die Nachwirkungen der Franco-Zeit

Bis in die Zeit des zentralistischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts hinein konnten die Basken ihre Sonderrechte noch weitgehend bewahren. Während der spanischen Republik war das Baskenland für acht Monate autonom. Mit dem *Bürgerkrieg* 1936 begannen 40 Jahre gewaltsamer politischer Unterdrückung. Das Franco-Regime regierte das Baskenland, das sich auf die Seite der Republikaner schlug und dessen Bischöfe den Hirtenbrief von 1937, in dem der spanische Gesamtepiskopat sich an die Seite Francos und der großnationalen Bewegung stellte, als einzige nicht unterzeichneten, mit eiserner Hand. So blieb der *baskische Klerus* antifrankistisch und im Unterschied zum übrigen Spanien traditionell volksnah. Auch die spanische und römische Kirchenpolitik verhielt sich bis zur politischen Öffnung nach Franco eher antibaskisch. Noch heute sind die baskischen Bistümer auf zwei verschiedene Kirchenprovinzen (Pamplona und Burgos) aufgeteilt (zur Kirche im Baskenland unter dem Franco-Regime vgl. HK, April 1969, 175 ff.). Der noch unter Franco ernannte baskische Bischof von San Sebastian, *José María Setién*, erregte noch im vergangenen Jahr Aufsehen mit der Bemerkung, die Unabhängigkeit von Euzkadi sei „ein erlaubtes politisches Ziel“. Und: es verstoße nicht gegen die spanische Verfassung, sie ändern zu wollen. Setién selbst bezeichnete das Autonomiestatut im Gespräch als den richtigen Weg, „vorausgesetzt, es wird in Madrid nicht durch begleitende Gesetze ausgehöhlt“.

Schwer zu schätzen ist heute noch die vermutlich nicht allzu hohe Zahl der Baskischstämmigen, die sich ohne Mühe auch als Spanier bezeichnen und meist außerhalb des Baskenlandes leben. Von den 2,5 Millionen Bewohnern Euzkadis sind aber rund 40 Prozent während mehrerer Jahrzehnte aus den verschiedenen Regionen zugezogene Spanier. Nur etwa 600 000 Basken sprechen Euzkera, die nicht dem Indogermanischen zugehörige baskische Sprache, deren Herkunft wie die des baskischen Volksstammes im kaukasischen Raum vermutet wird, aber letztlich im Dunkeln liegt.

Welche zentrale *Bedeutung die Sprache* im Selbstverständnis der Basken einnimmt, dokumentiert ein offener Brief

des baskischen Anthropologen und Theologen *José Ramón Scheifler* (an einen ehemaligen Rektor der Madrider Universität, *Pedro Lain Entralgo*, der sich in der Tageszeitung „El País“ zur Baskenfrage geäußert hatte): „Meine Sprache ist das Euzkera, meine einzige Sprache, abgesehen von denen, die ich im Sprechen verstümmele, was beim Spanischen noch am wenigsten der Fall ist. Aber stellen sie sich vor, ich kann kein Baskisch. Ich spreche nicht baskisch, weil 400 oder 600 Jahre kultureller Unterdrückung auf uns lasten.“ Scheifler (Jahrgang 1920) nimmt wie viele baskische Intellektuelle Unterricht in Euzkera: „Auf diese Weise kann ich meinem Volk und nach meiner religiöser Überzeugung auch der von Gott so geschaffenen Welt Gerechtigkeit widerfahren lassen.“ Das renommierte internationale *Filmfestival von San Sebastian* litt in diesem Jahr außer unter organisatorischen Mängeln auch darunter, daß nach dem Spanischen Baskisch offiziell die zweite Sprache des Festivals war.

## Der Rückhalt und Hintergrund der ETA

Unter der Herrschaft Francos war in den baskischen „Verräterprovinzen“ das Euzkera verboten. Selbst des Spanischen nicht mächtige Kinder wurden in Dorfschulen hart bestraft, wenn sie baskisch sprachen. Die ETA, das darf nicht vergessen werden, entstand, als das Regime in den 50er Jahren begann, mit Polizeigewalt gegen die gegen die Diskriminierung der Region demonstrierenden Jugendgruppen der baskisch-nationalistischen Partei vorzugehen. Aus der Jugendorganisation des PNV hervorgegangen, machte die ETA zunächst durch spektakuläre, aber harmlose Aktionen wie das Hissen der baskischen Fahne an öffentlichen Gebäuden von sich reden. Die Polizei reagierte mit Verhaftungen, Folter und mutwilligen Erschießungen. Innerhalb weniger Jahre hatte sich die national-revolutionäre ETA durch die brutale staatliche Repression einerseits, aber auch durch den Anschluß politischer Wirtköpfe, Anarchisten und Abenteurer zu einer Terrororganisation radikalisiert, die wahllos Mordanschläge auf die „Repräsentanten der Unterdrückung“, Militär, Polizei und zivile Politiker, übte. Zwischen 1956 und 1975 war insgesamt 57 Monate lang der Ausnahmezustand über das Baskenland verhängt worden.

Die *ideologische Ausrichtung* der ETA ist wechselhaft und innerhalb der Organisation selbst umstritten und uneinheitlich. Ihre derzeitige *Strategie* ist auf den Nenner zu bringen: „mehr Töten für bessere Verhandlungspositionen“ mit der Zentralregierung in Madrid. Es wird vermutet, daß die ETA über etwa 100 „Berufsterroristen“ verfügt, denen, wenn sie verhaftet werden oder bei Vergeltungsschlägen umkommen, neue Mitglieder nachrücken. Die Organisation finanziert sich unter anderem mit dem Erpressen von „Revolutionssteuern“. Daß dies zur massiven Abwanderung von Führungskräften der Wirtschaft und zur Auszehrung der baskischen Wirtschaft ge-

führt habe, ist nach Darstellung der Basken eine Madrider Übertreibung. Eine Reihe von gemäßigten ETA-Mitgliedern hat das Angebot der spanischen Regierung zur straflosen Wiedereingliederung angenommen.

Es stellt sich die Frage, warum der Terror mehr als zehn Jahre nach Francos Tod trotz des überraschend friedfertigen Übergangs zur Demokratie und trotz der Freiheitsgarantien für das Baskenland (wie auch für Katalonien und Galicien) unvermindert andauert. Noch in manchen rein baskischen Wahlveranstaltungen vor dem 30. November war derselbe unversöhnliche Haß gegen Madrid und seine „Helfershelfer“ im Baskenland, Polizei und Guardia civil, zu spüren, der mit dem Bürgerkrieg vor 40 Jahren aufbrach. „Sie verstehen uns nicht“, ist das meiste gehörte Resümee im Gespräch mit Basken (und das sagt selbst – mit der Einschränkung „nicht ganz“ – ein baskischer Bischof von seinen spanischen Amtsbrüdern). „Sie“, die anderen Spanier und insbesondere die spanische Regierung in Madrid, „haben ein Baskenproblem“, nicht wir.

In dem Jahrzehnte dauernden *Wechsel von gereizten Reaktionen und Gegenreaktionen* ist der jeweilige Verursacher nur noch schwer auszumachen. Aber es scheint so, als nähre sich der Konflikt immer neu aus dem grundsätzlichen Unverständnis für das Autonomiestreben der Basken (und dem häufig ungeschickten und arrogant herablassenden Gehabe der Zentralgewalt) und dem automatisch daraus erwachsenden Zusammenrücken aller baskischen Gruppierungen, die ETA eingeschlossen. Daß gemäßigte baskische Politiker und überzeugte Christen wie der PNV-Vorsitzende *Arzallus*, ein ehemaliger Priester, gute Kontakte zu führenden ETA-Leuten haben und ihnen öffentlich „menschlichen Respekt“ zollen, muß eine Zentralregierung reizen, die eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin sieht, den Terrorismus endlich wirkungsvoll zu bekämpfen.

## Argwohn auf beiden Seiten

Daß sie dies immer noch mit Hilfe von *Sondergesetzen* (des 1984 verabschiedeten Antiterrorgesetzes) und Polizeimethoden tut, die laut jüngstem Bericht von Amnesty International auch Folter einschließen, führt fast notwendig zu weiterer Radikalisierung in der baskischen Bevölkerung. Längst hat sich unter den Gemäßigten auf beiden Seiten auch eine *zynische Interpretation von Terror und Gegengewalt* im Sinne durchaus willkommenen politischen Drucks breitgemacht, so als diene der ETA-Terror der baskischen und der Madrider Regierung gleichermaßen. Alle politischen Verhandlungen begleitet tiefer Argwohn. Auf der „Madrider“ Seite ist es naturgemäß das Militär, das den politischen Zielen der Basken am wenigsten entgegenzukommen bereit ist. Der spanische General Casinello erklärte seinerzeit ohne Umschweife: „Mir ist der Terrorismus lieber als die Erfüllung der ETA-Forderungen, und ich ziehe den Krieg der Unabhängigkeit von Euzkadi vor“ (Vida Nueva, 23. .11. 85).

Einer der wenigen profilierten Politiker der Herri Batasuna, *Iñaki Esnaola*, wiederum formuliert salopp: „Wir brauchen die ETA, sonst nimmt uns in Madrid keiner ernst.“ Die gleiche Einstellung vermutet die spanische Regierung ihrerseits auch bei gemäßigten baskischen Politikern, vor allem in den Reihen des PNV. Während Herri Batasuna sich jedoch offensichtlich mit den radikalen Zielen der ETA (und ihrer Methode des bewaffneten Untergrunds) identifiziert, lehnen die anderen nationalistischen Parteien den ETA-Terror aus Überzeugung und nicht nur in programmatischen Erklärungen ab.

Die andauernde Heftigkeit des Konflikts ist unter den inzwischen weniger repressiven politischen Bedingungen wohl nur aus einer Mischung aus dem Zusammengehörigkeitsgefühl einer Minderheit, den traumatischen Erinnerungen an die Zeiten der Verfolgung und – vielleicht das Entscheidende – einer allgemeinen, nicht nur irrationale Züge tragenden antspanischen Haltung zu erklären. In den letzten Jahren kommt für die Basken noch der *Niedergang der Wirtschaft* in ihrer Region dazu, deren Metropole Bilbao jahrzehntelang das höchste Pro-Kopf-Einkommen Spaniens hatte. „Die Interessen der Sozialisten“, sagte Lehendakari Ardanza im Wahlkampf, „beginnen und enden in Madrid.“ Dies schließt den grundsätzlichen Vorwurf ein, die spanische Regierung bekämpfe den baskischen Terrorismus wie einen Unruheherd, dessen Feuer man nur austreten muß, ohne nach der Brandursache zu fragen.

## Die Bischöfe: „Die Wurzeln der Gewalt ausreißen“

Zur Frage des Terrorismus und seiner Bekämpfung hat sich in den letzten Jahren die baskische Kirche konsequent zu Wort gemeldet. „Die Wurzeln der Gewalt ausreißen, ihre Ursachen beseitigen“, war ein Hirten Schreiben der Bischöfe von San Sebastian, Bilbao und Vitoria vom Juli 1985 überschrieben. In dieser wie in vielen anderen gemeinsamen Stellungnahmen und Äußerungen einzelner Bischöfe legt die baskische Kirche *moralische und sozialethische Kriterien* dar, die in solcher Eindeutigkeit im politischen Raum sonst kaum zu hören sind. Ohne Einschränkung verurteilen die baskischen Bischöfe den bewaffneten Kampf der ETA („Gewalt im Dienst eines legitimen, aber nicht unabdingbaren politischen Anspruchs ist ethisch nicht zu rechtfertigen“ – Hirtenbrief der baskischen Bischöfe vom 13. Juli 1985), aber auch den Gegenterror rechtsextremer Gruppen wie der von Frankreich aus operierenden GAL.

In dem Hirtenbrief von 1985 (wie auch in dem kurzen Hirtenwort zu den Wahlen im Baskenland) sprechen sich die Bischöfe für eine *loyale Anwendung des Autonomiestatuts* aus. Dies müsse Grundlage der Politik sein, da es aus dem Mehrheitsvotum der Basken hervorgegangen sei. Damit distanzieren sich die Bischöfe deutlich von Versuchen der ETA und von Herri Batasuna, das Baskenland immer noch als „besetztes Gebiet“ und das Sta-

tut als „verdecktes Unterdrückungsinstrument“ hinzustellen – „eine Sicht der Dinge, die trotz ihres geringen objektiven Gehaltes sich in Teilen der baskischen Bevölkerung nicht zuletzt deshalb festgesetzt hat, weil in vielen Basken die Erinnerung daran noch lebendig ist, daß der spanische Staat ihre kulturellen Rechte und Sehnsüchte wiederholt ignoriert und unterdrückt hat“. Zudem registrieren die Bischöfe mit Besorgnis, daß die Häufigkeit der Anschläge dazu führt, daß die Bevölkerung „sich mit den Verbrechen als Instrument politischer Auseinandersetzung geradezu vertraut macht“.

## Die Befriedungskräfte bleiben noch schwach

Auffallend konsequent fordern die baskischen Bischöfe die *Polizei* zur Mäßigung auf. Indirekt wird die Polizei in einigen Fällen auch als eine Ursache der andauernden Gewalt bezeichnet. Aufsehen erregte ein Hirtenbrief der baskischen Bischöfe vom November 1984 über „Die dunkle Welt der Drogen“, gegen den bezeichnenderweise das Polizeisyndikat und die ETA gleichermaßen protestierten. Mit ihrer kompromißlosen Verteidigung baskischer Rechte haben die Bischöfe das Vertrauen der Bevölkerung und der baskischen Politiker gewonnen. Madrid, die konservative Opposition wie die wegen ihrer zentralistischen Politik auch von den baskischen Bischöfen mit vorsichtiger Kritik bedachte Madrider Regierung, scheint in ihnen mehr einen Störfaktor als eine vermittelnde Kraft zu sehen.

Über die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit oder Unmöglichkeit von Verhandlungen mit der ETA wird gegenwärtig in Spanien viel geredet. So viel, daß der Eindruck entstehen könnte, die Diskussion über Verhandlungen sollten diese selbst ersetzen. Die baskische Kirchenführung hat sich seit Jahren für einen *Dialog aller politischen Kräfte* ausgesprochen und „jede nur mögliche Hilfestellung unsererseits“ angeboten. Verhandlungen allerdings – diese Unterscheidung wird konsequent getroffen – seien Sache der Politiker. Informelle Kontakte bestehen zu allen politischen Parteien, also auch zu Herri Batasuna und damit zur ETA, so Bischof Setién von San Sebastian. Und die Kontakte der Priester, die mit Herri Batasuna sympathisieren? Er beurteile die pastorale Arbeit seiner Priester, die politische Einstellung seines Kleerus schaffe ihm keine Probleme, „überhaupt keine“. Die in Guipuzcoa stationierte spanische *Polizei* beschwerte sich im vergangenen Jahr allerdings, für Bischof Setién seien sie vernachlässigte Gläubige zweiter Klasse. Der förmliche Protest der Polizei zeigt, daß „das Baskenproblem“ in allen Bereichen von der nationalen Politik bis in die Kirche und, wie viele Beispiele belegen, in die *Familien* hinein entzweierend wirkt. Terror und Gewalt bilden „nur“ seine Spitze. Die Kräfte, die der Gewalt ein Ende ohne Gegengewalt setzen wollen – zu ihnen gehört auch die Kirche –, sind gegenwärtig noch zu schwach.

Gabriele Burchardt